

Lohnnebenleistungen Stadt Zürich

Für attraktivere Arbeitsplätze

Hunderte städtische Mitarbeitende haben bereits die VPOD-Petition unterschrieben und tragen die gewerkschaftlichen Forderungen der Gruppe Wasserversorgung mit: Die Sammelfrist wurde nun um zwei Wochen verlängert und dauert bis zum 15. Dezember.

Zwischen 1994 und 2015 hat die Stadt Zürich ihren Mitarbeitenden verbilligte Reka-Checks zur Verfügung gestellt. Im Wert von Fr. 600.– pro Jahr und Vollzeitstelle. Seit 2015 hat der Stadtrat aus Spargründen auf die Ausrichtung dieser Lohnnebenleistung verzichtet und dadurch rund 20 Mio. Franken weniger in umweltverträgliche Mobilität und attraktive Arbeitsplätze investiert als geplant. Jetzt sollen die «Reka-Checks» in Form von «Reka-Rail-Checks» zurückkehren –

der Gemeinderat diskutiert und entscheidet in den nächsten Wochen. Der Stadtrat hat auf eine Anpassung des Betrages verzichtet und schlägt einen Maximalbetrag von Fr. 600.– pro Jahr und Vollpensum vor. Der Beitrag orientiert sich an den aktuellen Kosten von Fr. 782.– für ein «ZVV-Zone-110»-Abo, davon werde ein von den Angestellten zu tragender Anteil für private Fahrten von Fr. 182.– abgezogen – über 23%.

Und der Stadtrat will im Bereich «Verpflegung» an den «Lunch-Checks» und der «Barvergütung» je Arbeitstag festhalten – je nach Betrieb können sich die Mitarbeitenden in einem Personalrestaurant bzw. einer Kantine verbilligt verpflegen oder auswärts mit «Lunch-Checks» bezahlen. Und das ist gut so. Aber auch hier ohne Anpassung an die Teuerung. Die

Teuerung gemäss Zürcher Index der Konsumentenpreise beläuft sich seit 1994 auf rund 13%.

Darum fordern wir den Zürcher Gemeinderat auf, sinnvoll und zweckmässig zu entscheiden:

- Die Abgabe eines ZVV-Zone-110-Abos ohne private Finanzierung.
 - Die Anpassung der Verpflegungspauschalen von Fr. 200.– auf max. Fr. 250.– pro Monat.
- Jetzt unterschreiben!

Mehr Infos:
www.zuerich.vpod.ch

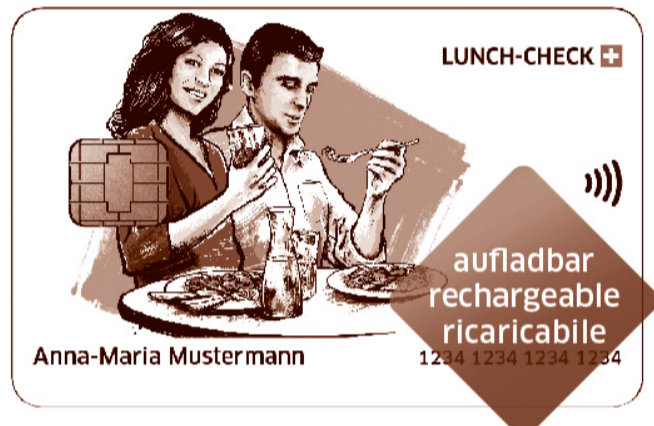


Bild: VPOD Zürich

Fr. 1500.– statt Fr. 1200.– pro Jahr und Vollzeitstelle. Die Stadt soll wieder wettbewerbsfähig werden.

Petition

Schritt nach vorne?

Kurz vor den Herbstferien hat der Stadtrat seine Vorschläge zu den Lohnnebenleistungen dem Gemeinderat überwiesen. Die VPOD-Gewerkschafter:innen aus der Wasserversorgung haben in der Folge die Petition «Jetzt handeln: Für attraktive Arbeitsplätze und eine umweltfreundliche Mobilität» lanciert.

Bislang ist es den Dienstabteilungen der Stadtverwaltung selbst überlassen, ob, in welcher Form und in welchen Funktionen Beiträge zur Benutzung des öffentlichen Verkehrs gewährt werden. Die Bestimmungen sind häufig in den Spesenreglementarien festgelegt. Die Mitarbeitenden der VBZ beispielsweise erhalten in der Regel ein Generalabonnement (GA), weil die Gewerkschaften und Transportunternehmen mit dem Support des Bundesrats eine solche Branchenregelung ausgehandelt haben, welche für Unternehmen wie auch ihren Beschäftigten einen grossen Nutzen bringt. Diese Regelung ist in den letzten Jahren im Nationalrat immer wieder hinterfragt und kritisiert worden – die letzte Verschlechterung der Regelung mussten die Mitarbeitenden im vergangenen Jahr hinnehmen.

Ein Ausbau der Vorlage nützt nicht nur den städtischen Mitarbeitenden und der Stadt Zürich. Auch der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) würde davon profitieren, indem der Anteil des öffentlichen Verkehrs zulasten des motorisierten Individualverkehrs wieder zunehmen würde.

Duri Beer

Lehrpersonen auf Kindergartenstufe

Kämpfen lohnt sich: Endlich fairer Lohn

Der Kantonsrat hat kürzlich der Vorlage der Bildungsdirektion zugestimmt. Ab 1. Januar 2023 erhalten die Lehrpersonen und Heilpädagoginnen und Heilpädagogen auf Kindergartenstufe mehr Lohn. Ein Sieg für die Gleichstellung sowie für den gesamten Berufsstand und seiner Gewerkschaft VPOD.

Der Kantonsrat hat entschieden. Das PH-Gesetz (5796) und die Lehrpersonalverordnung (5794) werden geändert. Kindergartenlehrpersonen sollen in Zukunft analog den Primarlehrpersonen in die Lohnklasse 19 eingestuft werden. Der Lohn der Heilpädagog:innen auf Kindergartenstufe wird ebenfalls um eine Stufe angehoben. Nach Jahren der juristischen und politischen Auseinandersetzung wird somit per 1. Januar 2023 die Forderung des VPOD umgesetzt.

Die Bildungsdirektion hatte 2019 angekündigt, in Zukunft die Kindergartenlehrpersonen analog den Primarlehrpersonen in die Lohnklasse 19 einzustufen. Jedoch wären rund 80% aller Lehrpersonen mit altrechtlicher Ausbildung, die aktuell auf der Kindergartenstufe unterrichten, von der überfälligen Lohnanpassung ausgeschlossen gewesen. Für den VPOD unhaltbar. In der Vernehmlassungsantwort und mit einer Petition forderte der VPOD: «Keine halben Sachen – Lohnklasse 19 für alle.» Mit Erfolg: Die Bildungsdirektion hat ihren Entwurf im März 2022 dementsprechend angepasst. Nun ist auch eine Mehrheit des Kantonsrats der Vorlage gefolgt. Der VPOD begrüsst diesen heutigen Entscheid ausserordentlich. Damit wird auch eine Forderung der VPOD-Mitglieder beim Frauenstreik 2019 im Frauenstreikjahr 2023 umgesetzt. Dementsprechend zeigt sich Sophie Blaser, Kindergartenlehrerin in Zürich und Präsidentin des VPOD Zürich Lehrberufe, erfreut: «Unser gewerkschaftlicher Kampf und unsere Ausdauer haben sich ausgezahlt. Die Anhebung und Angleichung der Lohnklasse ist gerechtfertigt und



Bild: VPOD Zürich

VPOD-Gewerkschafter:innen engagieren sich 2019 vor dem Rathaus.

war überfällig.» Die Kindergartenlehrpersonen des VPOD haben sich über Jahre hinweg unter anderem mit zwei Lohnklagen gegen die Lohndiskriminierung auf Kindergartenstufe gewehrt. Vor rund zwei Jahren lancierte der VPOD die Petition für die Lohnklasse 19. In nur zwei Monaten gingen aus unzähligen Schulstufen und Schulgemeinden über 8500 Unterschriften ein. Nach der Einreichung folgte langes Bangen um die Entscheidung des Regierungs- und Kantonsrats. Umso zufriedener ist die Gewerkschaft der Lehrpersonen nun über diesen Vollerfolg.

Der VPOD nimmt auch mit Genugtuung wahr, dass das Parlament erkannt hat, dass Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nötig sind, um den eklatanten Lehrpersonenmangel zu bekämpfen.

Als nächster Schritt muss die Problematik der zeitlichen Belastungen der Lehrpersonen auf allen Schulstufen gelöst werden. Lehrpersonen und insbesondere Kindergartenlehrpersonen leisten weiterhin viel unbezahlte Arbeit. Dazu braucht es dringend Verbesserungen des sogenannten neuen Berufsauftrags (nBA), über die der Rat ebenfalls debattiert.

Der VPOD erwartet von der Bildungsdirektion im Verlauf des kommenden Jahres eine wirkungsvolle Vorlage.

Fabio Höhener, Regionalsekretär VPOD Zürich

Das Pflegepersonal wehrt sich

Es brodelt!

700 Pflegenden haben am 26. November in Bern ein eindrückliches Zeichen gesetzt und Sofortmassnahmen gegen den Pflegenotstand gefordert. Die Kolleg:innen in Genf sind noch weitergegangen. Die Fachangestellten Gesundheit sind am 23. November in den Streik getreten und fordern eine höhere Lohneinstufung. In Zürich gab es im Kantonsrat eine Fraktionserklärung

von SP/Grüne/AL/EVP zum Jahrestag der Annahme der Pflege-Initiative. Die Tatsache, dass nicht alle Institutionen im Gesundheitsbereich den vollen Teuerungsausgleich gewähren wollen, lassen wir ebenfalls nicht auf uns sitzen. Hier kannst du den Protestbrief unterschreiben: https://zuerich.vpod.ch/news/2022/2022-11-19_protestbrief/

Fünf Sofortmassnahmen jetzt!

Nur mit Sofortmassnahmen kann der Pflege-Exodus noch gestoppt und eine gute Pflege sichergestellt werden. Die Pflegenden fordern gemeinsam mit ihren Gewerkschaften und ihrem Berufsverband:

- Löhne/Arbeitszeit: Deutliche Lohnerhöhung bei gleichem Pensum bzw. Arbeitszeitreduktion bei gleichem Lohn.
- Zulagen: Massive Erhöhung der bestehenden Zulagen und Zeitgutschriften sowie Einführung von Zulagen für kurzfristige Dienstplanänderungen.
- Ferien: Mindestens 5 Wochen bis 49 Jahre, ab 50 Jahre 6 Wochen, ab 60 Jahre 7 Wochen.
- Tatsächliche Erfassung und Abgeltung der Arbeitszeit: z. B. inklusive Umkleidezeit, Wegzeit von einem Einsatz zum nächsten in der Spitex.
- Kinderbetreuung: Zuschüsse für familienergänzende Kinderbetreuung.

Agenda

Dienstag, 12. Dezember, 12 Uhr
Offenes VPOD-Treffen ZHAW
Winterthur, Lagerstrasse 6

Mittwoch, 14. Dezember
Verbandskonferenz Energie
Bern

Viel Glück im neuen Jahr!

Donnerstag/Freitag, 26./27. Januar
Verbandskonferenz Gesundheit
Lugano

Dienstag, 24. Januar, ab 17 Uhr
VPOD-Neumitglieder-Apéro
Zürich, VPOD-Sekretariat

Dienstag, 31. Januar, 16 Uhr
Sektionsvorstand VPOD Stadt & Institutionen
Zürich, VPOD Sekretariat (5. Stock)

Sonntag, 12. Februar
Wahlen im Kanton Zürich

Dienstag, 14. Februar, 19 Uhr
Generalversammlung VBZ Gesamtgruppe
Zürich, VPOD Sekretariat (5. Stock)

Dienstag, 28. Februar, 17.15 Uhr
Regionalvorstand VPOD Zürich
Zürich, VPOD Sekretariat (5. Stock)

Das VPOD Sekretariat bleibt zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen.
Herzlichen Dank für dein Engagement und deine Solidarität. Viel Glück 2023!

Erreichbarkeit des VPOD-Sekretariats
unter 044 295 30 00:
Montag–Donnerstag: 9–12 Uhr und 14–16 Uhr
Freitag: 9–12 Uhr

Schaltdienstleistungen (Reka-Checks usw.) sind auf Vereinbarung möglich. Kontaktaufnahme per Telefon oder Mail (info@vpod-zh.ch).

Beratungen finden auf Vereinbarung vor Ort oder am Telefon statt. Anfragen bitte direkt an Person oder an info@vpod-zh.ch.

Strassenbahner organisieren sich



(dub) Ende Oktober haben weit über hundert pensionierte VBZ-Mitarbeitende gefeiert. Vor 100 Jahren haben sich die VPOD-Gewerkschafter:innen im VBZ-Veteranenbund organisiert – ein Blick zurück und nach vorn. Aktuell organisieren sich rund 250 ehemalige VBZ-Mitarbeitende im VBZ-Veteranenbund. Im Fokus stehen soziale und gesellschaftliche Anliegen. Sie organisieren regelmässig Ausflüge und Exkursionen – die Mitgliederversammlungen finden monatlich am ersten Mittwoch statt. Die Mitglieder pflegen Freundschaften zu ehemaligen Kolleg:innen und Gleichgesinnten und



setzen sich für die Interessen der Pensionierten ein, sei es für die Sicherung und Verbesserung der AHV oder sei es für die Sicherung der Pensionskasse und ihrer Leistungen. An der 100-Jahr-Jubiläums-Feier hat neben den VPOD-Präsidentinnen Katharina Prélitz und Gülizar Cestan auch der neue VBZ-Direktor Marco Lüthi teilgenommen. Mit Blick nach vorne suchen die VBZ-Veteranen nach engagierten Kolleginnen und Kollegen, welche die sozialen Aktivitäten wie Ausflüge und Krankenbesuche organisieren und unterstützen.

Mehr Infos: Das vollständige gemeinsame Jahresprogramm der Pensionierten Region Zürich und nähere Details zu den Veranstaltungen, Wanderungen, Exkursionen und Reisen findest du hier:

<https://zuerich.vpod.ch> → Mitmachen → Gruppen und Betriebe → Pensionierte Region Zürich → Veteranenbund

Erwin Wittwer, Präsident ad-interim und Reiseleiter, Telefon 044 481 88 50, oder Barbara Witschi, Sekretärin, Tel. 044 422 66 03

«Ich war der Trämlergeneral»

2011 ist der «Rückblick» auf sein Leben erschienen. Alfred Traber's Memoiren (1884–1970) sind der Ausgangspunkt für das Buch, welches das Zürcher Stadtarchiv unter Mitwirkung von Mario Florin und Nicola Behrens publiziert hat. Es gibt einen autobiographischen Einblick in das Leben der Strassenbahner bzw. Trämler vor über hundert Jahren: «Ich war der Trämlergeneral, und die Trämler waren eine zuverlässige und kampfesfreudige Truppe. Das hing zusammen mit der Behandlung...» Die Bezeichnung «Trämlergeneral» habe er als Präsident der Strassenbahner durch das Bürgertum erhalten (S.39).

Traber Alfred; Ich war der «Trämlergeneral». Rückblick auf mein Leben. Zürich 2011

SGB-Kongress vom 25. und 26. November in Interlaken

JA zum feministischen Streik

Natascha Wey (VPOD) wurde neben Vania Aleva (Unia) neu zur Vize-Präsidentin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) gewählt. Die Delegierten haben an ihrem 57. Kongress in Interlaken zudem die gewerkschaftlichen Schwerpunkte festgelegt. Neben der Lohn- und Rentenoffensive steht der feministische Streik vom 14. Juni 2023 im Zentrum der Aktivitäten.

Trotz der historischen Mobilisierung 2019 verbessert sich die Einkommenssituation der Frauen bei Lohn und Rente kaum. Eine Gleichstellungsoffensive insbesondere am Arbeitsplatz ist deshalb notwendig. Für die Aufwertung der Frauenarbeit und für höhere Löhne, für sofort wirkende Rentenerhöhung und für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Kaufkraft-Krise

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Doch davon spürten in den letzten Jahren viele Berufstätige und Rentner:innen wenig. Im Gegenteil: Wenn die Krankenkassenprämien und die Mieten bezahlt sind, bleibt ihnen teilweise sogar weniger Realeinkommen als vor einigen Jahren. Deshalb braucht es einkommens- und verteilungspo-

litische Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft. Zentral verabschiedete Forderungen am SGB-Kongress sind:

Generelle Lohnerhöhungen – wer in diesem Land arbeitet, verdient einen fairen Lohn. Gemessen an den Lebenshaltungskosten bedeutet das heute: keine Löhne unter 4500 Franken und mit einer Lehre mindestens 5000 Franken. Dieses Ziel soll mit mehr GAV und Mindestlöhnen erreicht werden.

Verbesserungen beim Lohnschutz: Wichtig sind insbesondere Vereinfachungen bei der Allgemeinverbindlicherklärung von GAV sowie scharfe Durchsetzungsmassnahmen. Die flankierenden Massnahmen müssen deshalb verbessert, nicht verschlechtert werden.

Altersvorsorge

Die schleichende Privatisierung der Altersvorsorge kann nur mit einer Stärkung der AHV gestoppt werden. Deshalb ist der Kampf für bessere Renten mit der SGB-Initiative für eine 13. AHV-Rente absolut prioritär. Die im Parlament hängige Initiative kommt zum richtigen Zeitpunkt: Die Pensionskassenrenten sind die letzten Jahre rund 20 Prozent gesunken und verlieren nun durch die Teuerung massiv an

Erfolg für den VPOD

KSW anerkennt Umkleidezeit

Wieder ein wichtiger Sieg für den VPOD und ein Erfolg unserer Kampagne «Umkleiden ist Arbeitszeit!» Für die Angestellten des Kantonsspitals Winterthur KSW wird per April 2023 die Forderung des VPOD umgesetzt.

Kürzlich hat der VPOD das Kantonsspital Winterthur KSW mit einem Schreiben aufgefordert, endlich die Umkleidezeit anzuerkennen. Seit vier Jahren steht diese Forderung des VPOD im Raum und viele Kantone und Betriebe haben dies inzwischen auch umgesetzt. Nicht so das KSW. Mit dem Segen der Personalkommission wollte das KSW die Umkleidezeit mit einer Monatspauschale von Fr. 50.– (bei Vollzeitbeschäftigung, sonst anteilmässig) abspesen. Der VPOD hat diesen Vorschlag zurückgewiesen und die rechtlich korrekte Erfassung und Anrechnung der Arbeitszeit eingefordert.

Nun geht endlich etwas. Das KSW schreibt: Ab 1. April 2023 wird die Umkleidezeit als Ar-

beitszeit angerechnet. Die konkrete Umsetzung der neuen Regelung erfolgt individuell in den einzelnen Abteilungen. (...) Dazu wird ein Umsetzungsprojekt durchgeführt, um Themen wie Anpassung von Schichtplänen oder neue Arbeitszeitgestaltungen zu klären und zu definieren, wo zusätzliche Stellen notwendig sind.

Das ist ein grosser und wichtiger Sieg unserer Kampagne «Umkleiden ist Arbeitszeit!», denn ohne diese Kampagne wären die nicht entschädigte Umkleidezeit und die gesetzeswidrig geführte Arbeitszeiterfassung weiterhin kein Thema. Nach dem Entscheid des KSW ist es nun um so dringlicher, dass endlich auch die anderen Spitäler und Kliniken, aber auch Alters- und Pflegeheime die rechtlich korrekte Arbeitszeiterfassung inklusive Umkleidezeit umsetzen. Der VPOD wird hier nicht locker lassen.

Roland Brunner

12. Februar: Kantons- und Regierungswahlen

Die Weichen stellen

(dub) Der Kantonsrat – die Legislative – umfasst 180 Sitze, die alle vier Jahre neu gewählt werden. Dabei kommt in den 18 Wahlkreisen das Verhältniswahlrecht zur Anwendung. Durch das doppelt-proportionale Zuteilungsverfahren («doppelter Pukelsheim») werden die Sitze zuerst nach dem gesamtkantonalen Ergebnis an die Listen verteilt (Oberzuteilung) und die erzielten Sitze dann auf die Wahlkreise verteilt (Unterzuteilung). Für die Teilnahme an der Sitzverteilung muss eine Partei in mindestens einem Wahlkreis die 5%-Hürde erreichen oder 3% kantonswweit. In jedem Wahlkreis dürfen die Wahlvorschläge (Listen) maximal so viele Kandidaten umfassen, wie Sitze zu vergeben sind. Jeder Kandidat darf höchstens zweimal auf

einer Liste aufgeführt sein. Dabei kann jeder Wähler ebenfalls so viele Kandidaten wählen, wie Sitze zu vergeben sind und durch Panaschieren und Kumulieren einem Kandidaten höchstens zwei Stimmen geben. Jede Stimme für einen Kandidaten zählt zunächst als Parteistimme für die Sitzzuteilung auf die Parteien und danach als Stimme für den Kandidaten bei der Verteilung der Sitze auf die Parteikandidaten. Jeder Wahlvorschlag muss von mindestens 30 Wahlberechtigten unterzeichnet werden.

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich (GBKZ) wird voraussichtlich wie in der Vergangenheit die gewerkschaftlichen Kandidatinnen und Kandidaten bei ihrer Kandidatur unterstützen.

Ein starker VPOD – für alle!

Sind deine Arbeitskolleg:innen schon VPOD-Mitglied? Wenn nicht, kannst du sie sicher davon überzeugen. Ein starker VPOD hilft allen. Und für jedes neue Mitglied, das du zum Beitritt bewegst, bekommst du 100 Franken gutgeschrieben (beim Beitritt als

«Werber:in» eintragen). Das lohnt sich also gleich mehrfach.

Informationen über die vielen Vorteile einer Mitgliedschaft und die Möglichkeit, online beizutreten hier:

zuerich.vpod.ch/mitglied

nur gemeinschaftlich und demokratisch ausgehandelt wirksam umgesetzt werden kann. Zentraler Hebel dabei ist die Stärkung des Service public.

Kündigungsschutz

Weiter beschloss der Kongress, die Lancierung einer Volksinitiative für einen besseren Kündigungsschutz vorzubereiten. Die Schweiz ist stark im Rückstand: die geltende ILO-Konvention zum Schutz von gewerkschaftlich engagierten Arbeitnehmenden wird nicht respektiert. Die laufende Mediation muss zu konkreten Ergebnissen führen.

Präsidiumswahl

Pierre-Yves Maillard wurde am Kongress einstimmig für weitere vier Jahre als SGB-Präsident wiedergewählt. Ebenfalls einstimmig wurden Vania Alleva (bisher) und Natascha Wey (neu) als Vizepräsidentinnen gewählt. Die Zusammensetzung des Präsidialausschusses wurde bestätigt. Das erste Mal in der Geschichte des SGB besteht im Präsidialausschuss eine Frauenmehrheit. Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) Mehr Infos: www.sgb.ch

Klimaerhitzung

Die Klimaerhitzung ist menschengemacht und für alle eine existenzielle Bedrohung, auch für die Arbeitnehmenden. Der SGB tritt deshalb für eine wirksame Klimapolitik ein. Die dringend notwendige Klimawende muss durch einen sozial gerechten Strukturwandel erfolgen. Die Dekarbonisierung wird die Arbeits- und Lebenssituation der Arbeitnehmenden weltweit und in der Schweiz massiv verändern. Dieser Prozess muss unter Einbezug aller Betroffenen gestaltet werden. Der ökosoziale Umbau kann nicht dem Markt überlassen werden, sondern ist ein kollektives Zukunftsprojekt, welches